

205

Siebtes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Siebtes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Vom 19. Dezember 2023

Artikel 1

Das Polizeigesetz des Landes Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juli 2003 (GV. NRW. S. 441), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. April 2022 (GV. NRW. S. 504) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Die Angabe zur Überschrift des fünften Abschnitts wird wie folgt gefasst:

**„Fünfter Abschnitt
Entschädigungsansprüche, Berichtspflichten
gegenüber dem Landtag“.**
2. § 20c Absatz 10 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 wird die Angabe „2022“ durch die Angabe „2027“ ersetzt.
 - b) In Satz 2 wird die Angabe „2023“ durch die Angabe „2028“ ersetzt.
3. § 34c Absatz 10 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 wird die Angabe „2022“ durch die Angabe „2027“ ersetzt.
 - b) In Satz 2 wird die Angabe „2023“ durch die Angabe „2028“ ersetzt.
4. § 46 Absatz 3 Satz 3 wird aufgehoben.
5. § 52 Absatz 1 Satz 2 wird aufgehoben.
6. Die Überschrift des fünften Abschnitts wird wie folgt gefasst:

**„Fünfter Abschnitt
Entschädigungsansprüche, Berichtspflichten
gegenüber dem Landtag“.**

7. § 68 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 wird die Angabe „20 und“ gestrichen.
 - b) In Satz 3 wird die Angabe „20a bis“ gestrichen.

Artikel 2 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 19. Dezember 2023

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident
Hendrik W ü s t

Die Ministerin für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie
Mona N e u b a u r

Der Minister des Innern
Herbert R e u l

Der Minister der Justiz
Dr. Benjamin L i m b a c h

– GV. NRW. 2023 S. 1394

602

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2024 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2024 – GFG 2024)

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2024 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2024 – GFG 2024)

Vom 19. Dezember 2023

Inhaltsübersicht

Teil 1

Grundlagen

- § 1 Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände

Teil 2

Steuerverbund

- § 2 Ermittlung der Finanzausgleichsmasse
- § 3 Vorwegabzug, Voraberrhöhung
- § 4 Aufteilung der verteilbaren Finanzausgleichsmasse
- § 5 Grundsätze für die Schlüsselzuweisungen
- § 6 Aufteilung der Schlüsselmasse
- § 7 Festsetzung der Schlüsselzuweisungen für die Gemeinden
- § 8 Ermittlung der Ausgangsmesszahl für die Gemeinden
- § 9 Ermittlung der Steuerkraftmesszahl für die Gemeinden
- § 10 Festsetzung der Schlüsselzuweisungen für die Kreise
- § 11 Ermittlung der Ausgangsmesszahl für die Kreise und die Städteregion Aachen
- § 12 Ermittlung der Umlagekraftmesszahl für die Kreise und die Städteregion Aachen
- § 13 Festsetzung der Schlüsselzuweisungen für die Landschaftsverbände
- § 14 Ermittlung der Ausgangsmesszahl für die Landschaftsverbände
- § 15 Ermittlung der Umlagekraftmesszahl für die Landschaftsverbände
- § 16 Investitionspauschalen, Aufwands- und Unterhaltungspauschale, Klima- und Forstpauschale
- § 17 Schul- und Bildungspauschale
- § 18 Sportpauschale
- § 19 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Überwindung außergewöhnlicher oder unvorhersehbarer Belastungssituationen

Teil 3

Zuweisungen außerhalb des Steuerverbundes

- § 20 Kompensationsleistungen an die Gemeinden für Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs
- § 21 Kompensationsleistungen an die Gemeinden für Verluste in Zusammenhang mit dem Steuervereinfachungsgesetz 2011
- § 22 Zuweisungen nach Maßgabe des Haushaltsplans des Landes

Teil 4**Umlagegrundlagen, Umlagen**

- § 23 Umlagegrundlagen für Schlüsselzuweisungen
- § 24 Kreisumlage
- § 25 Landschaftsumlage
- § 26 Verbandsumlage des Regionalverbandes Ruhr

Teil 5**Gemeinsame Vorschriften und Verfahren**

- § 27 Grundlagen für die Erhebung und die Anwendung von Daten zur Berechnung von Zuweisungen aus dem Steuerverbund
- § 28 Verfahrensregelungen zur Ermittlung, Festsetzung und Auszahlung der Zuweisungen aus dem Steuerverbund
- § 29 Ausgleich fehlerhafter Zuweisungen aus dem Steuerverbund
- § 30 Bewirtschaftung der Mittel des Steuerverbundes
- § 31 Abschlagszahlungen für Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs und in Zusammenhang mit dem Steuervereinfachungsgesetz 2011
- § 32 Förderungsgrundsätze für zweckgebundene Zuweisungen nach Maßgabe des Haushaltsplans des Landes
- § 33 Kürzungsermächtigung

Teil 6**Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

- § 34 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Anlagen

- Anlage 1** Ableitung der Finanzausgleichsmasse 2024
- Anlage 2** Hauptansatzstafel
- Anlage 3** Bevölkerung in den Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen zu den Stichtagen 31. Dezember 2020, 31. Dezember 2021 und 31. Dezember 2022

Teil 1**Grundlagen****§ 1****Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände**

(1) Die Gemeinden und Gemeindeverbände tragen die Kosten ihrer eigenen und der ihnen übertragenen Aufgaben, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Die Gemeinden und Gemeindeverbände erhalten vom Land im Wege des Finanz- und Lastenausgleichs zur Ergänzung ihrer eigenen Erträge allgemeine und zweckgebundene Zuweisungen für die Erfüllung ihrer Aufgaben.

(3) Die Gemeinden und Gemeindeverbände erhalten einen Anteil am Steueraufkommen des Landes (Steuerverbund) gemäß den §§ 2 bis 19.

(4) Die Gemeinden und Gemeindeverbände erhalten ferner Zuweisungen nach näherer Bestimmung dieses Gesetzes gemäß den §§ 20 und 21 sowie nach Maßgabe des Haushaltsplans des Landes gemäß § 22.

(5) Soweit den Gemeinden und Gemeindeverbänden Zuwendungen auf Grund besonderer Gesetze gewährt werden, bleiben diese unberührt.

(6) Gemeindeverbände im Sinne dieses Gesetzes sind die Kreise, die Landschaftsverbände und die Städteregion Aachen gemäß § 1 Absatz 1 Satz 1 des Städteregion Aachen Gesetzes vom 26. Februar 2008 (GV. NRW. S. 162), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 1. Oktober 2015 (GV. NRW. S. 698) geändert worden ist. Soweit in diesem Gesetz nichts anderes geregelt ist, gelten für die Städteregion Aachen die Regelungen für Kreise und für die re-

gionsangehörigen Gemeinden gemäß § 4 Absatz 1 Satz 3 und § 5 des Städteregion Aachen Gesetzes die Regelungen für kreisangehörige Gemeinden.

Teil 2**Steuerverbund****§ 2****Ermittlung der Finanzausgleichsmasse**

(1) Das Land stellt den Gemeinden und Gemeindeverbänden 23 Prozent (Verbundsatz) seines Anteils an der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer (Gemeinschaftsteuern) zur Verfügung. Ferner beteiligt das Land die Gemeinden und Gemeindeverbände in Höhe des Verbundsatzes an vier Siebteln seiner Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer.

(2) Der Berechnung nach Absatz 1 liegt das Ist-Aufkommen der jeweiligen Steuer im Zeitraum vom 1. Oktober 2022 bis zum 30. September 2023 (Verbundzeitraum) zugrunde. Dabei wird das insgesamt im Verbundzeitraum ermittelte Ist-Aufkommen

1. erhöht oder vermindert um die Einnahmen oder Ausgaben des Landes im Länderfinanzausgleich nach den Vorschriften des zweiten Abschnitts des Finanzausgleichsgesetzes vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3955, 3956) in der am 31. Dezember 2019 geltenden Fassung und aus den allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen nach § 11 Absatz 2 des Finanzausgleichsgesetzes,
2. vermindert um den zur Kompensation an die Gemeinden für Verluste aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs in § 1 des Finanzausgleichsgesetzes enthaltenen Betrages,
3. erhöht um den als interkommunalen Entlastungsausgleich zugunsten der Kommunen der neuen Länder enthaltenen Anteil des Landes am Minderaufkommen der Umsatzsteuer nach den §§ 1 und 11 des Finanzausgleichsgesetzes, Artikel 2 des Gesetzes zur Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen in den Jahren 2020 und 2021 vom 9. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2051) in Verbindung mit Artikel 2 des Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, des Stabilitätsratsgesetzes sowie weiterer Gesetze vom 4. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2142),
4. vermindert um den als Kompensationsleistung für Einnahmeausfälle des Landes aus der Spielbankabgabe erhaltenen Anteil des Landes am Mehraufkommen der Umsatzsteuer nach § 1 des Finanzausgleichsgesetzes in Verbindung mit Artikel 3 des Haushaltsbegleitgesetzes 2006 vom 29. Juni 2006 (BGBl. I S. 1402),
5. vermindert um den als Beteiligung des Bundes zur Aufgabenerfüllung im Bereich der Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege erhaltenen Anteil des Landes am Mehraufkommen der Umsatzsteuer nach § 1 des Finanzausgleichsgesetzes in Verbindung mit Artikel 2 des Kinderförderungsgesetzes vom 10. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2403) und in Verbindung mit Artikel 3 des Gesetzes zur zusätzlichen Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege vom 15. Februar 2013 (BGBl. I S. 250),
6. vermindert um den zur Kompensation an die Gemeinden für Verluste durch das Steuervereinfachungsgesetz 2011 vom 1. November 2011 (BGBl. I S. 2131) ausgezahlten Betrag nach § 1 des Finanzausgleichsgesetzes in Verbindung mit Artikel 13 des Steuervereinfachungsgesetzes 2011,
7. vermindert um den Anteil des Landes am Mehraufkommen der Umsatzsteuer für Asylbewerber und Flüchtlinge nach § 1 des Finanzausgleichsgesetzes in Verbindung mit Artikel 8 des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722) und in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, des Stabilitätsratsgesetzes sowie weiterer Gesetze

8. vermindert um den Anteil des Landes am Mehraufkommen der Umsatzsteuer, der vom Bund zur Entlastung der Kommunen über den Länderanteil an der Umsatzsteuer gezahlt wird nach § 1 des Finanzausgleichsgesetzes in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen,
9. vermindert um den Anteil des Landes am Mehraufkommen der Umsatzsteuer, der vom Bund als anteiliger Festbetrag von 2600000000 Euro über den Länderanteil an der Umsatzsteuer gezahlt wird nach § 1 des Finanzausgleichsgesetzes in Verbindung mit Artikel 2 des Gesetzes zur Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems ab dem Jahr 2020 und zur Änderung haushaltsrechtlicher Vorschriften vom 14. August 2017 (BGBl. I S. 3122),
10. vermindert um den Anteil des Landes am Mehraufkommen der Umsatzsteuer, der vom Bund zur Weiterentwicklung der Qualität in der Kindertagesbetreuung über den Länderanteil an der Umsatzsteuer gezahlt wird nach § 1 des Finanzausgleichsgesetzes in Verbindung mit Artikel 4 des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung vom 19. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2696) und in Verbindung mit Artikel 2 des Kita-Qualitätsgesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2791),
11. vermindert um den Anteil des Landes am Mehraufkommen der Umsatzsteuer, der vom Bund im Rahmen des Paktes für den Rechtsstaat zur Verbesserung der Personalausstattung der Justiz über den Länderanteil an der Umsatzsteuer gezahlt wird nach § 1 des Finanzausgleichsgesetzes in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, des Stabilitätsratsgesetzes sowie weiterer Gesetze,
12. vermindert um den Anteil des Landes am Mehraufkommen der Umsatzsteuer, der vom Bund im Rahmen des Paktes für den öffentlichen Gesundheitsdienst zur personellen Aufstockung, Modernisierung und Vernetzung der deutschen Gesundheitsämter über den Länderanteil an der Umsatzsteuer gezahlt wird nach § 1 des Finanzausgleichsgesetzes in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, des Stabilitätsratsgesetzes sowie weiterer Gesetze,
13. vermindert um den Anteil des Landes am Mehraufkommen der Umsatzsteuer, der vom Bund zur Umsetzung des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche für die Jahre 2021 und 2022“ und die damit verbundenen zusätzlichen finanziellen Lasten der Länder über den Länderanteil an der Umsatzsteuer gezahlt wird nach § 1 des Finanzausgleichsgesetzes in Verbindung mit Artikel 4 des Grundsteuerreform-Umsetzungsgesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2931),
14. vermindert um den Anteil des Landes am Mehraufkommen der Umsatzsteuer, der vom Bund für Mehraufwendungen von Flüchtlingen aus der Ukraine gezahlt wird nach § 1 des Finanzausgleichsgesetzes in Verbindung mit Artikel 9 des Gesetzes zur Regelung eines Sofortzuschlages und einer Einmalzahlung in den sozialen Mindestsicherungssystemen sowie zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Gesetze vom 23. Mai 2022 (BGBl. I S. 760) und
15. vermindert um den Anteil des Landes am Mehraufkommen der Umsatzsteuer, die vom Bund an die Länder für ihre Ausgaben im Zusammenhang mit Geflüchteten über den Länderanteil an der Umsatzsteuer gezahlt wird nach § 1 des Finanzausgleichsgesetzes in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, des Stabilitätsratsgesetzes sowie weiterer Gesetze.

(3) Die Ermittlung der Finanzausgleichsmasse nach den Absätzen 1 und 2 sowie § 3 ergibt sich aus der Anlage 1 zu diesem Gesetz.

§ 3

Vorwegabzug, Voraberhöhung

(1) Von der nach § 2 ermittelten Finanzausgleichsmasse werden für die im Haushaltsjahr 2024 vom Land für die Gemeinden und Gemeindeverbände auf Grund gesetzlicher Vorschriften und vertraglicher Vereinbarungen zu entrichtenden Tantiemen Mittel in Höhe von 9071000 Euro abgezogen.

(2) Der nach § 2 ermittelten Finanzausgleichsmasse werden 215000000 Euro hinzugerechnet, die dem im Mehraufkommen des Landes an der Umsatzsteuer im Jahr 2024 enthaltenen Betrag entsprechen, der vom Bund nach § 1 des Finanzausgleichsgesetzes in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen vom 1. Dezember 2016 (BGBl. I S. 2755) über den Länderanteil an der Umsatzsteuer gewährt wird.

(3) Von der nach § 2 ermittelten Finanzausgleichsmasse werden Mittel in Höhe von 29836000 Euro zur Rückführung der im Gemeindefinanzierungsgesetz 2021 vom 17. Dezember 2020 (GV. NRW. S. 1241) und im Gemeindefinanzierungsgesetz 2022 vom 17. Dezember 2021 (GV. NRW. S. 1511) kreditierten Beträge abgezogen.

§ 4

Aufteilung der verteilbaren Finanzausgleichsmasse

Die sich aus den Berechnungen nach den §§ 2 und 3 ergebende verteilbare Finanzausgleichsmasse wird auf Schlüsselzuweisungen, Investitionszuschüsse, Klima- und Forstzuschüsse sowie Aufwands- und Unterhaltungszuschüsse, fachbezogene Sonderzuschüsse und Bedarfszuweisungen aufgeteilt.

§ 5

Grundsätze für die Schlüsselzuweisungen

(1) Die Gemeinden und die Gemeindeverbände erhalten Schlüsselzuweisungen, deren Höhe sich für die einzelne Gebietskörperschaft nach ihrem Finanzbedarf und nach ihrer Steuer- oder Umlagekraft bemisst. Neben der Bevölkerungszahl werden für die Bedarfsermittlung

1. die Trägerschaft von Schulen,
2. die Soziallasten,
3. die Zentralitätsfunktion und
4. das Verhältnis von Fläche und Bevölkerungszahl berücksichtigt.

(2) Die Schlüsselzuweisung wird aus der Gegenüberstellung einer Ausgangsmesszahl gemäß den §§ 8, 11 und 14 und einer Steuerkraftmesszahl gemäß § 9 oder einer Umlagekraftmesszahl gemäß den §§ 12 und 15 berechnet.

§ 6

Aufteilung der Schlüsselmasse

Für Schlüsselzuweisungen wird insgesamt ein Betrag von 12891815400 Euro zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag wird aufgeteilt auf die Schlüsselmasse für

- | | |
|----------------------------|------------------------|
| 1. Gemeinden mit | 10 119 360 100 Euro, |
| 2. Kreise mit | 1 508 178 500 Euro und |
| 3. Landschaftsverbände mit | 1 264 276 800 Euro. |

§ 7

Festsetzung der Schlüsselzuweisungen für die Gemeinden

(1) Jede Gemeinde erhält als Schlüsselzuweisung 90 Prozent des Unterschiedsbetrages zwischen der maßgeblichen Ausgangsmesszahl gemäß § 8 und der maßgeblichen Steuerkraftmesszahl gemäß § 9.

(2) Erreicht oder überschreitet die Steuerkraftmesszahl die Ausgangsmesszahl, so erhält die Gemeinde keine Schlüsselzuweisung.

§ 8**Ermittlung der Ausgangsmesszahl für die Gemeinden**

(1) Die Ausgangsmesszahl einer Gemeinde wird ermittelt, indem der Gesamtansatz mit dem einheitlichen Grundbetrag gemäß § 28 Absatz 1 Satz 2 vervielfältigt wird.

(2) Der Gesamtansatz wird aus dem Hauptansatz unter Berücksichtigung von Bevölkerungsveränderungen, dem Beschuldenansatz, dem Soziallastenansatz, dem Zentralitätsansatz und dem Flächenansatz gebildet.

(3) Der Hauptansatz wird den Gemeinden nach der relevanten Bevölkerungszahl gewährt. Zur Ermittlung und Festsetzung der relevanten Bevölkerungszahl wird die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner nach § 27 Absatz 3 Satz 1 mit der durchschnittlichen Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner nach § 27 Absatz 3 Satz 2 verglichen. Der höhere Wert wird angesetzt. Für die Berücksichtigung im Hauptansatz wird dieser Wert nach der Gemeindegröße gewichtet (Hauptansatzstafel – Anlage 2). Liegt die Bevölkerungszahl einer Gemeinde zwischen zwei Stufen der Staffelflasse, so wird der Prozentsatz mit den dazwischenliegenden Werten angesetzt. Der Prozentsatz wird auf eine Dezimalstelle hinter dem Komma aufgerundet.

(4) Der Beschuldenansatz wird den Gemeinden für jeden erfassten Beschulden nach § 27 Absatz 5 an Schulen in eigener Trägerschaft gewährt. Für die Berücksichtigung wird die Zahl der Beschulden gewichtet nach

1. Langtagsbeschulden mit 3,0 und
2. Kurztagsbeschulden mit 0,97.

Soweit Zweckverbände Schulträger sind, werden die Beschulden den dem Zweckverband angehörenden Gemeinden entsprechend dem Anteil an der Verbandsumlage zugerechnet. Erfolgt die Übertragung der Schulträgerschaft durch öffentlich-rechtliche Vereinbarung, werden die Beschulden den beteiligten Kommunen entsprechend dem in dieser Vereinbarung geregelten Finanzierungsanteil zugerechnet. Der Beschuldenansatz wird den Städten Düren und Gütersloh zur Hälfte auch für Schülerinnen und Schüler gewährt, die die Stiftischen Gymnasien in diesen Gemeinden besuchen.

(5) Der Soziallastenansatz wird den Gemeinden für die erfassten Bedarfsgemeinschaften im Sinne von § 7 Absatz 3 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitsuchende – in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 2011 (BGBl. I S. 850, 2094), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 16. August 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 217) geändert worden ist, nach § 27 Absatz 6 gewährt. Für die Berücksichtigung im Soziallastenansatz wird die Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit 20,53 multipliziert.

(6) Der Zentralitätsansatz wird den Gemeinden für die erfassten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach § 27 Absatz 7 gewährt. Für die Berücksichtigung im Zentralitätsansatz wird die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit 1,02 multipliziert.

(7) Der Flächenansatz wird den Gemeinden gewährt, die eine über dem Landesdurchschnitt liegende Gebietsfläche pro Einwohnerin und Einwohner aufweisen. Dieser Flächenanteil einer Gemeinde wird mit 0,21 multipliziert. Landesdurchschnitt ist das arithmetische Mittel aus der Gesamtheit der gemeindlichen Fläche-Bevölkerung-Relationen. Bei der Ermittlung des Flächenansatzes werden die maßgebliche Gebietsfläche einer Gemeinde nach § 27 Absatz 9 und die Bevölkerungszahl einer Gemeinde nach § 27 Absatz 3 Satz 1 berücksichtigt.

§ 9**Ermittlung der Steuerkraftmesszahl für die Gemeinden**

(1) Die Steuerkraftmesszahl ergibt sich aus der Summe der für die Gemeinden geltenden Steuerkraftzahlen der Gewerbesteuer, der Grundsteuern, des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer abzüglich der Steuerkraftzahl der Gewerbesteuerumlage in der Referenzperiode nach § 27 Absatz 8.

(2) Als Steuerkraftzahlen werden zugrunde gelegt

1. bei der Gewerbesteuer das Ist-Aufkommen des ersten Halbjahres der Referenzperiode, geteilt durch den im ersten Halbjahr der Referenzperiode tatsächlich festgesetzten Hebesatz, addiert zu dem Ist-Aufkommen des zweiten Halbjahres der Referenzperiode, geteilt durch den im zweiten Halbjahr der Referenzperiode tatsächlich festgesetzten Hebesatz, multipliziert mit 436 bei den kreisfreien Städten und multipliziert mit 416 bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden,
2. bei der Grundsteuer A das Ist-Aufkommen des ersten Halbjahres der Referenzperiode, geteilt durch den im ersten Halbjahr der Referenzperiode tatsächlich festgesetzten Hebesatz, addiert zu dem Ist-Aufkommen des zweiten Halbjahres der Referenzperiode, geteilt durch den im zweiten Halbjahr der Referenzperiode tatsächlich festgesetzten Hebesatz, multipliziert mit 243 bei den kreisfreien Städten und multipliziert mit 259 bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden,
3. bei der Grundsteuer B das Ist-Aufkommen des ersten Halbjahres der Referenzperiode, geteilt durch den im ersten Halbjahr der Referenzperiode tatsächlich festgesetzten Hebesatz, addiert zu dem Ist-Aufkommen des zweiten Halbjahres der Referenzperiode, geteilt durch den im zweiten Halbjahr der Referenzperiode tatsächlich festgesetzten Hebesatz, multipliziert mit 530 bei den kreisfreien Städten und multipliziert mit 501 bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden,
4. bei dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer das Ist-Aufkommen in der Referenzperiode
 - a) zuzüglich der in der Referenzperiode angefallenen Kompensationsleistungen an die Gemeinden für Verluste aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs unter Berücksichtigung der in diesem Zeitraum angefallenen Abrechnungsbeträge und
 - b) zuzüglich der in der Referenzperiode angefallenen Kompensationsleistungen an die Gemeinden für Verluste im Zusammenhang mit dem Steuervereinbarungsgesetz 2011,
5. bei dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer das Ist-Aufkommen in der Referenzperiode und
6. bei der Gewerbesteuerumlage das Ist-Aufkommen der Gewerbesteuer im ersten Halbjahr der Referenzperiode, geteilt durch den im ersten Halbjahr der Referenzperiode tatsächlich festgesetzten Hebesatz, multipliziert mit den im ersten Halbjahr der Referenzperiode festgesetzten Vervielfältigern für die Gewerbesteuerumlage zuzüglich des Ist-Aufkommens im zweiten Halbjahr der Referenzperiode, geteilt durch den im zweiten Halbjahr der Referenzperiode tatsächlich festgesetzten Hebesatz, multipliziert mit den im zweiten Halbjahr der Referenzperiode festgesetzten Vervielfältigern für die Gewerbesteuerumlage.

§ 10**Festsetzung der Schlüsselzuweisungen für die Kreise**

(1) Jeder Kreis erhält als Schlüsselzuweisung den Unterschiedsbetrag zwischen der maßgeblichen Ausgangsmesszahl gemäß § 11 und der maßgeblichen Umlagekraftmesszahl gemäß § 12.

(2) Erreicht oder überschreitet die Umlagekraftmesszahl die Ausgangsmesszahl, so erhält der Kreis keine Schlüsselzuweisung.

§ 11**Ermittlung der Ausgangsmesszahl für die Kreise und die Städteregion Aachen**

(1) Die Ausgangsmesszahl eines Kreises wird ermittelt, indem der Gesamtansatz mit dem einheitlichen Grundbetrag gemäß § 28 Absatz 1 Satz 2 vervielfältigt wird.

(2) Der Gesamtansatz wird aus dem Hauptansatz und dem Beschuldenansatz gebildet.

(3) Der Hauptansatz der Kreise entspricht der Bevölkerungszahl im Kreis nach § 27 Absatz 3 Satz 1. Der

Hauptansatz der Städteregion Aachen entspricht der Bevölkerungszahl in der Städteregion Aachen ohne die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Aachen jeweils nach § 27 Absatz 3 Satz 1.

(4) Der Beschultenansatz wird den Kreisen für jede gemeldete Beschulte oder jeden gemeldeten Beschulten nach § 27 Absatz 5 an Schulen in eigener Trägerschaft gewährt. Die Regelung in § 8 Absatz 4 gilt entsprechend. Bevor der so ermittelte Wert in den Gesamtansatz einfließt, wird dieser Wert mit dem Kreisfaktor vervielfältigt. Das für Kommunales zuständige Ministerium setzt den Kreisfaktor fest.

§ 12

Ermittlung der Umlagekraftmesszahl für die Kreise und die Städteregion Aachen

Die Umlagekraftmesszahl ergibt sich aus der Summe der mit einem einheitlichen Umlagesatz von 33,77 Prozent vervielfältigten Umlagegrundlagen nach § 23 Nummer 1 und 2.

§ 13

Festsetzung der Schlüsselzuweisungen für die Landschaftsverbände

(1) Jeder Landschaftsverband erhält als Schlüsselzuweisung den Unterschiedsbetrag zwischen der maßgeblichen Ausgangsmesszahl gemäß § 14 und der maßgeblichen Umlagekraftmesszahl gemäß § 15.

(2) Erreicht oder überschreitet die Umlagekraftmesszahl die Ausgangsmesszahl, so erhält der Landschaftsverband keine Schlüsselzuweisung.

§ 14

Ermittlung der Ausgangsmesszahl für die Landschaftsverbände

Die Ausgangsmesszahl eines Landschaftsverbandes wird ermittelt, indem die maßgebliche Bevölkerungszahl nach § 27 Absatz 3 Satz 1 mit dem einheitlichen Grundbetrag gemäß § 28 Absatz 1 Satz 2 vervielfältigt wird.

§ 15

Ermittlung der Umlagekraftmesszahl für die Landschaftsverbände

Die Umlagekraftmesszahl ergibt sich aus der Summe der mit einem einheitlichen Umlagesatz von 14,38 Prozent vervielfältigten Umlagegrundlagen nach § 23 Nummer 3.

§ 16

Investitionspauschalen, Aufwands- und Unterhaltungspauschale, Klima- und Forstpauschale

(1) Zur pauschalen Förderung investiver Maßnahmen von Gemeinden und Gemeindeverbänden, zum Abbau eines Investitions- und Sanierungsstaus, für weitere Unterhaltungsaufwendungen der Gemeinden sowie zur Wiederherstellung der kommunalen Waldinfrastruktur als Beitrag zum Klimaschutz stehen Mittel in Höhe von 1 497 636 300 Euro bereit.

(2) Nach Abzug eines Betrages für die Aufwands- und Unterhaltungspauschale nach Absatz 6 in Höhe von 170 000 000 Euro und für die Klima- und Forstpauschale nach Absatz 7 in Höhe von 10 000 000 Euro verbleibt für Investitionspauschalen nach den Absätzen 3 bis 5 ein verteilter Betrag in Höhe von 1 317 636 300 Euro. Die Zuweisungen aus diesen Investitionspauschalen und den in den §§ 17 und 18 geregelten Sonderpauschalen sind gegenseitig deckungsfähig.

(3) Von dem Betrag nach Absatz 2 Satz 1 werden den Gemeinden 1 112 572 700 Euro für investive Maßnahmen im Rahmen einer allgemeinen Investitionspauschale zur Verfügung gestellt. Davon werden sieben Zehntel nach der maßgeblichen Bevölkerungszahl nach § 27 Absatz 3 Satz 1 und drei Zehntel nach der maßgeblichen Gebietsfläche nach § 27 Absatz 9 verteilt.

(4) Von dem Betrag nach Absatz 2 Satz 1 werden 111 549 000 Euro für eine Investitionspauschale zur Verfügung gestellt, die in erster Linie für Maßnahmen zur Verbesserung der Altenhilfe und -pflege einzusetzen ist.

Dieser Betrag wird auf die kreisfreien Städte und Kreise nach der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner über 65 Jahre nach § 27 Absatz 4 verteilt.

(5) Von dem Betrag nach Absatz 2 Satz 1 werden 93 514 600 Euro für eine Investitionspauschale zur Verfügung gestellt, die in erster Linie für investive Maßnahmen im Zusammenhang mit der Eingliederungshilfe einzusetzen ist. Dieser Betrag wird auf die Landschaftsverbände nach der maßgeblichen Bevölkerungszahl nach § 27 Absatz 3 Satz 1 verteilt. Die Mittel dieser Pauschale können zu Gunsten des in § 19 Absatz 2 Nummer 3 erfassten Sonderbedarfs für die landschaftliche Kulturpflege für deckungsfähig erklärt werden.

(6) Zur Unterstützung von Aufwendungen zum Abbau eines Investitions- und Sanierungsstaus sowie für weitere Unterhaltungsaufwendungen wird ein Betrag in Höhe von 170 000 000 Euro zur Verfügung gestellt. Der Betrag wird als Pauschale jeweils zur Hälfte nach der maßgeblichen Bevölkerungszahl gemäß § 27 Absatz 3 Satz 1 und nach der maßgeblichen Gebietsfläche gemäß § 27 Absatz 9 verteilt. Die Mittel werden als allgemeine Deckungsmittel bereitgestellt.

(7) Zur Unterstützung der Gemeinden bei der Wiederherstellung der kommunalen Waldinfrastruktur, der Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung im Wald und bei der Beseitigung und Bekämpfung von Kalamitäten wird ein Betrag in Höhe von 10 000 000 Euro zur Verfügung gestellt. Der Betrag wird als Pauschale jeweils zur Hälfte nach der Gesamtmenge des Schadholzeinschlags und nach der Fläche des Kommunalwaldes gemäß § 27 Absatz 10 gewährt. Bei der Verteilung der Mittel ist zu berücksichtigen, dass jeder kommunalwaldbesitzenden Gemeinde ein Mindestbetrag in Höhe von 5 000 Euro für den ersten angefangenen Hektar gewährt wird. Die Mittel werden als allgemeine Deckungsmittel bereitgestellt.

(8) Die Euro-Beträge je Einwohnerin und Einwohner, je tausend Quadratmeter maßgeblicher Gebietsfläche und je Einwohnerin und Einwohner über 65 Jahre werden von dem für Kommunales und dem für Finanzen zuständigen Ministerium ermittelt und festgesetzt.

§ 17

Schul- und Bildungspauschale

(1) Zur Unterstützung kommunaler Aufgabenerfüllung im Schulbereich sowie kommunaler Investitionsmaßnahmen im Bereich der frühkindlichen Bildung wird den Gemeinden und Gemeindeverbänden insgesamt ein Betrag von 816 151 800 Euro zur Verfügung gestellt. Die Mittel können für den Neu-, Um- und Erweiterungsbau, den Erwerb, die Modernisierung und für raumbildende Ausbauten sowie für die Einrichtung und Ausstattung von Schulen und kommunalen Kindertageseinrichtungen eingesetzt werden. Mit den Mitteln der Schul- und Bildungspauschale können darüber hinaus Instandsetzungen von Schulgebäuden sowie Mieten und Leasingraten für Schulen finanziert werden.

(2) Die Verteilung der Mittel erfolgt auf der Basis der Beschultenzahl gemäß § 27 Absatz 5 für die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen. Die Regelungen in § 8 Absatz 4 Satz 3 bis 5 finden entsprechend Anwendung.

(3) Bei der Verteilung der Mittel nach Absatz 2 ist zu berücksichtigen, dass jeder Gemeinde, die Schulträgerin ist, ein Mindestbetrag von 300 000 Euro, jedem Kreis, der Schulträger ist, ein Mindestbetrag von 510 000 Euro und jedem Landschaftsverband als Schulträger ein Mindestbetrag von 1 700 000 Euro gewährt wird.

§ 18

Sportpauschale

(1) Zur Unterstützung kommunaler Aufgabenerfüllung im Sportbereich wird den Gemeinden insgesamt ein Betrag von 69 864 900 Euro zur Verfügung gestellt. Die Mittel sind von den Gemeinden für den Neu-, Um- und Erweiterungsbau, den Erwerb sowie für die Neuanlagen, Wiederaufbauten, Modernisierung, raumbildende Ausbauten und für die Einrichtung und Ausstattung von Sportstätten einzusetzen. Mit den Mitteln der Sportpauschale können darüber hinaus Instandsetzungen von

Sportstätten sowie Mieten und Leasingraten für Sportstätten finanziert werden.

(2) Die Verteilung der Mittel erfolgt nach der Bevölkerungszahl gemäß § 27 Absatz 3 Satz 1.

(3) Bei der Verteilung der Mittel nach Absatz 2 ist zu berücksichtigen, dass jeder Gemeinde ein Mindestbetrag von 60 000 Euro gewährt wird.

§ 19

Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände

zur Überwindung außergewöhnlicher oder unvorhersehbarer Belastungssituationen

(1) Zur Überwindung außergewöhnlicher oder unvorhersehbarer finanzieller Belastungssituationen, die im Rahmen des Schlüsselzuweisungssystems keine oder nur unzureichende Berücksichtigung finden, werden insgesamt 44 826 900 Euro zur Verfügung gestellt.

(2) Die Mittel nach Absatz 1 sind bestimmt für

1. pauschale Zuweisungen an Gemeinden, die durch ihre Funktion als anerkannter Kurort außergewöhnliche Belastungen tragen, (Kurortehilfe) in Höhe von 12 069 000 Euro,
2. pauschale Zuweisungen an Gemeinden zum Ausgleich außergewöhnlicher Härten bei der Erhebung von Abwassergebühren (Abwassergebührenhilfe) in Höhe von 10 635 000 Euro,
3. pauschale Zuweisungen an die Landschaftsverbände zur Milderung von Belastungen, die durch die landschaftliche Kulturpflege nach § 5 Absatz 1 Buchstabe b der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 657), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 13. April 2022 (GV. NRW. S. 490) geändert worden ist, entstehen, in Höhe von 17 924 500 Euro und
4. Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Milderung von Härten, die sich aus der Durchführung des Finanzausgleichs ergeben, oder zur Überwindung außergewöhnlicher oder unvorhersehbarer finanzieller Belastungssituationen in Höhe von 4 198 400 Euro.

(3) Die Gemeinden nach Absatz 2 Nummer 1 erhalten einen auf Grund ihrer Anerkennung gewichteten Sockelbetrag in Höhe von 50 000 Euro. Gemeinden mit einer Anerkennung als

1. Luftkurort erhalten einen einfachen,
2. Heilklimatischer Kurort oder als Kneipp-Kurort erhalten einen zweifachen,
3. Heilbad oder als Kneipp-Heilbad erhalten einen vierfachen oder
4. Staatsbad erhalten einen achtfachen

Sockelbetrag. Maßgeblich ist der Status der Anerkennung zum Stichtag 31. Dezember 2023. Gemeinden, bei denen der Anteil der Übernachtungszahlen gemäß § 27 Absatz 11 an der maßgeblichen Bevölkerungszahl gemäß § 27 Absatz 3 Satz 1 den durchschnittlichen Anteil aller empfangsberechtigten Gemeinden übersteigt, erhalten einen Aufstockungsbetrag. Zur Ermittlung des Aufstockungsbetrags wird die über dem durchschnittlichen Anteil liegende Zahl an Übernachtungen mit einem einheitlichen Grundbetrag multipliziert.

(4) Die Abwassergebührenhilfe nach Absatz 2 Nummer 2 wird Gemeinden nach entsprechender Datenmeldung gewährt, wenn die Summe der Differenzen zwischen

1. dem Gebührenaufkommen inklusive Grundgebühr je Kubikmeter Schmutzwasser oder
2. dem Gebührensatz für Schmutzwasser

sowie dem Gebührensatz für Niederschlagswasser zum jeweils maßgeblichen Gebührensatz gemäß § 27 Absatz 12 positiv ist. Die Höhe der pauschalen Zuweisung bestimmt sich aus der Multiplikation der positiven Differenz für Schmutzwasser mit dem gemeindlichen Frischwasservolumen, der positiven Differenz für Niederschlagswasser mit der Abflussfläche und einem jähr-

lich zu ermittelnden Prozentsatz. Dieser Prozentsatz ergibt sich aus dem Verhältnis der zu verteilenden Gesamtsumme der Abwassergebührenhilfe zu der Summe der Berechnungsgrundlagen aller empfangsberechtigten Gemeinden. Bei den für die Berechnung im Antrag geltend zu machenden Kosten bleiben die Zuweisungen außer Betracht.

(5) Vom Betrag nach Absatz 2 Nummer 3 werden 9 962 250 Euro dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe und 7 962 250 Euro dem Landschaftsverband Rheinland zugewiesen. Die erhöhte Zuweisung an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe erfolgt mit Rücksicht auf dessen Verpflichtung aus § 5 Absatz 3 der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen.

(6) Die Mittel nach Absatz 2 Nummer 4 können auch für Zuweisungen an Kommunen eingesetzt werden, mit denen Maßnahmen der Weiterentwicklung der kommunalen Selbstverwaltung, der interkommunalen Zusammenarbeit oder der Einführung und Verbreitung neuer Techniken bei der Durchführung kommunaler Aufgaben unterstützt werden.

Teil 3

Zuweisungen außerhalb des Steuerverbundes

§ 20

Kompensationsleistungen an die Gemeinden für Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs

(1) Den Gemeinden wird zum Ausgleich ihrer zusätzlichen Belastungen aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs ein Anteil von 26 Prozent des Mehraufkommens der Umsatzsteuer zugewiesen, das dem Land gemäß § 1 des Finanzausgleichsgesetzes zusteht. Der auf die Gemeinden zu verteilende Betrag wird vorläufig auf 1 032 000 000 Euro festgesetzt. Nach Ablauf des Haushaltsjahres wird der den Gemeinden zustehende Anteilsbetrag auf der Grundlage der vorläufigen Abrechnung der Umsatzsteuerverteilung und des Finanzausgleichs unter den Ländern abschließend ermittelt (Abrechnungsbetrag) und festgesetzt.

(2) Der auf die Gemeinden entfallende Betrag nach Absatz 1 wird nach dem Schlüssel verteilt, der in der jeweils geltenden Verordnung über die Aufteilung und Auszahlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und die Abführung der Gewerbesteuerumlage festgesetzt ist.

(3) Der auf die Gemeinden entfallende Betrag nach Absatz 1 Satz 2 wird mit je einem Viertel zu den in der jeweils geltenden Verordnung über die Aufteilung und Auszahlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und die Abführung der Gewerbesteuerumlage für die entsprechenden Haushaltsjahre genannten Terminen für die Abschlagszahlungen beziehungsweise Vorauszahlung auf die Schlussabrechnung ausgezahlt. Der Abrechnungsbetrag nach Absatz 1 Satz 3 wird nach Anrechnung der geleisteten Abschlagszahlungen mit der nächstmöglichen Abschlagszahlung ausgeglichen.

(4) Einzelheiten der Ermittlung und Zahlbarmachung der Zuweisungen regeln das für Finanzen und das für Kommunales zuständige Ministerium.

§ 21

Kompensationsleistungen an die Gemeinden für Verluste in Zusammenhang mit dem Steuervereinfachungsgesetz 2011

(1) Den Gemeinden wird zum Ausgleich ihrer zusätzlichen Belastungen in Zusammenhang mit dem Steuervereinfachungsgesetz 2011 ein Anteil von 26 Prozent des Mehraufkommens der Umsatzsteuer zugewiesen, das dem Land gemäß § 1 des Finanzausgleichsgesetzes zum Ausgleich der ertragsteuerlichen Mindereinnahmen zusteht. Der auf die Gemeinden zu verteilende Betrag wird auf 17 830 000 Euro festgesetzt.

(2) Der auf die Gemeinden entfallende Betrag nach Absatz 1 wird nach dem Schlüssel verteilt, der in der jeweils geltenden Verordnung über die Aufteilung und Auszahlung des Gemeindeanteils an der Einkommen-

steuer und die Abführung der Gewerbesteuerumlage festgesetzt ist.

(3) Der auf die Gemeinden entfallende Betrag nach Absatz 1 wird mit je einem Viertel zu den in der jeweils geltenden Verordnung über die Aufteilung und Auszahlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und die Abführung der Gewerbesteuerumlage für die entsprechenden Haushaltsjahre genannten Terminen für die Abschlagszahlungen ausbezahlt.

(4) Einzelheiten der Ermittlung und Zahlbarmachung der Zuweisungen regeln das für Finanzen und das für Kommunales zuständige Ministerium.

§ 22

Zuweisungen nach Maßgabe des Haushaltsplans des Landes

Die haushaltsmäßige Zuordnung, die Zweckbestimmung der Zuweisungen und die Haushaltsansätze der Zuweisungen nach Maßgabe des Haushaltsplans des Landes nach § 1 Absatz 4 werden von dem für Kommunales und dem für Finanzen zuständigen Ministerium jährlich bekanntgegeben.

Teil 4

Umlagegrundlagen, Umlagen

§ 23

Umlagegrundlagen für Schlüsselzuweisungen

Die Umlagegrundlagen zur Ermittlung der normierten Ertragskraft im Zusammenhang mit der Berechnung der Schlüsselzuweisungen sind

1. für die Kreise
 - a) die Steuerkraftmesszahlen der kreisangehörigen Gemeinden und
 - b) die zu veranschlagenden Schlüsselzuweisungen der kreisangehörigen Gemeinden,
2. für die Städteregion Aachen
 - a) die Steuerkraftmesszahlen der regionsangehörigen Gemeinden und
 - b) die zu veranschlagenden Schlüsselzuweisungen der regionsangehörigen Gemeinden abzüglich
 - c) der Steuerkraftmesszahl der Stadt Aachen und
 - d) der zu veranschlagenden Schlüsselzuweisungen der Stadt Aachen und
3. für die Landschaftsverbände
 - a) die Steuerkraftmesszahlen der Gemeinden und
 - b) die zu veranschlagenden Schlüsselzuweisungen der Gemeinden und Kreise.

§ 24

Kreisumlage

(1) Die Kreisumlage wird in Prozentsätzen der festgesetzten Umlagegrundlagen nach § 23 Nummer 1 und 2 festgesetzt. Für die Festsetzung einer ausschließlichen Belastung oder einer Mehr- oder Minderbelastung einzelner Teile des Kreises sowie für die Erhebung einer Sonderumlage gilt Satz 1 entsprechend.

(2) Für die Festsetzung der Regionsumlage nach dem Städteregion Aachen Gesetz gilt Absatz 1.

§ 25

Landschaftsumlage

Die Landschaftsumlage wird in Prozentsätzen der festgesetzten Umlagegrundlagen nach § 23 Nummer 3 festgesetzt.

§ 26

Verbandsumlage des Regionalverbandes Ruhr

Für die Verbandsumlage des Regionalverbandes Ruhr gilt § 25 entsprechend.

Teil 5

Gemeinsame Vorschriften und Verfahren

§ 27

Grundlagen für die Erhebung und die Anwendung von Daten zur Berechnung von Zuweisungen aus dem Steuerverbund

(1) Die zur Berechnung der Zuweisungen nach den §§ 5 bis 19 erforderlichen Daten werden den amtlichen Statistiken nach Maßgabe der folgenden Vorschriften entnommen. Die Daten der amtlichen Statistiken sind für die Ermittlung der Zuweisungen aus dem Steuerverbund für die Zuweisungsempfangenden bindend. Für diese Daten findet das Berichtigungsverfahren nach § 29 keine Anwendung.

(2) Soweit Daten von Gemeinden und Gemeindeverbänden erforderlich sind, die nicht aus amtlichen Statistiken entnommen werden können, werden diese unmittelbar bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden oder den zuständigen Stellen erhoben. Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind unter Beachtung der kommunalverfassungsrechtlichen Vertretungsregelungen verpflichtet, den zuständigen obersten Landesbehörden, dem Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) und den Aufsichtsbehörden alle zur Errechnung und Festsetzung erforderlichen Auskünfte fristgerecht und vollständig zu erteilen. Soweit den Gemeinden und Gemeindeverbänden für die Datenabfrage durch IT.NRW gesicherte elektronische Übermittlungsverfahren zur Verfügung gestellt werden, sind diese zu nutzen. Werden die notwendigen Auskünfte nicht oder nicht rechtzeitig erteilt, können das für Kommunales und das für Finanzen zuständige Ministerium bestimmen, dass geschätzte Zahlen zugrunde gelegt werden oder die Berücksichtigung entsprechender Ansätze für die betroffenen Gemeinden und Gemeindeverbände für den Finanzausgleich unterbleibt. § 29 findet in diesen Fällen keine Anwendung.

(3) Als Bevölkerungszahl im Sinne dieses Gesetzes gilt die in Anlage 3 festgesetzte Bevölkerungszahl zum Stichtag 31. Dezember 2022. Für die Ermittlung der durchschnittlichen Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinden nach § 8 Absatz 3 werden die Bevölkerungszahlen nach Anlage 3 zu den Stichtagen 31. Dezember 2020, 31. Dezember 2021 und 31. Dezember 2022 herangezogen.

(4) Als Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner über 65 Jahre wird die von IT.NRW fortgeschriebene, gegliederte Bevölkerungszahl zum Stichtag 31. Dezember 2022 herangezogen.

(5) Als Zahl der Beschulten im Sinne des § 8 Absatz 4, des § 11 Absatz 4 und des § 17 Absatz 2 gilt die in der von IT.NRW geführten Schulstatistik festgesetzte Zahl der Schülerinnen und Schüler zum Stichtag 15. Oktober 2022. Schülerinnen und Schüler, die am gebundenen oder offenen Ganztags teilnehmen, gelten als Langtagsbeschulte. Als Kurztagsbeschulte gelten die im Halbtagsbetrieb Beschulten. Der Stichtag ist auch für die Zurechnung des Anteils an der Umlage gemäß § 8 Absatz 4 Satz 3 sowie des Finanzierungsanteils gemäß § 8 Absatz 4 Satz 4 für das Haushaltsjahr 2022 maßgeblich.

(6) Als Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Sinne des § 8 Absatz 5 gilt die von der Bundesagentur für Arbeit ermittelte Zahl zum Stichtag 31. Dezember 2022.

(7) Als Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Sinne des § 8 Absatz 6 gilt die von der Bundesagentur für Arbeit ermittelte Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Gemeinden am Arbeitsort zum Stichtag 31. Dezember 2022.

(8) Die Referenzperiode für die Ermittlung der Steuerkraftmesszahl nach § 9 wird auf den Zeitraum vom 1. Juli 2022 bis zum 30. Juni 2023 festgesetzt.

(9) Als Gebietsfläche im Sinne des § 8 Absatz 7 und des § 16 Absatz 3, 6 und 8 gilt der Gebietsstand zum Stichtag 31. Dezember 2022, der im Jahresabschluss des Liegenschaftskatasters ermittelt und an IT.NRW abgegeben wurde.

(10) Bei der Berechnung der pauschalen Zuweisung nach § 16 Absatz 7 an kommunalwaldbesitzende Ge-

meinden wird die Fläche des Kommunalwaldes in Hektar zum Stichtag 31. Dezember 2022 sowie die Gesamtmenge des Schadholzeinschlags von Nadelholz nach Kubikmetern (Erntefestmeter ohne Rinde) aus dem Jahr 2022 zugrunde gelegt.

(11) Bei der Berechnung der Kurortehilfe nach § 19 Absatz 2 Nummer 1 werden die Übernachtungszahlen aus der amtlichen Beherbergungsstatistik Nordrhein-Westfalen im Zeitraum vom 1. Juli 2022 bis zum 30. Juni 2023 zugrunde gelegt.

(12) Bei der Berechnung der Abwassergebührenhilfe nach § 19 Absatz 2 Nummer 2 wird der maßgebliche Gebührensatz für Schmutzwasser mit 3,91 Euro und für Niederschlagswasser mit 1,23 Euro festgesetzt. Sofern das Gebührenaufkommen inklusive Grundgebühr je Kubikmeter Schmutzwasser zugrunde gelegt wird, beträgt der maßgebliche Gebührensatz 3,94 Euro.

(13) Das für Kommunales und das für Finanzen zuständige Ministerium werden ermächtigt, Daten nach den Absätzen 1 bis 12, die der Berechnung von Zuweisungen aus dem Steuerverbund zugrunde zu legen sind, ausnahmsweise für einzelne Gemeinden und Gemeindeverbände abweichend festzusetzen, wenn sie den Grundsätzen des Finanz- und Lastenausgleichs nicht angemessen gerecht werden oder zu unzumutbaren Härten bei der Durchführung des Finanz- und Lastenausgleichs führen.

§ 28

Verfahrensregelungen zur Ermittlung, Festsetzung und Auszahlung der Zuweisungen aus dem Steuerverbund

(1) Die auf die Gemeinden und Gemeindeverbände entfallenden Zuweisungen nach den §§ 5 bis 19 werden jährlich durch das für Kommunales und das für Finanzen zuständige Ministerium errechnet und festgesetzt. Diese setzen zudem die einheitlichen Grundbeträge in der Weise fest, dass die jeweils für Schlüsselzuweisungen zur Verfügung gestellten Beträge aufgebraucht werden.

(2) Das für Kommunales und das für Finanzen zuständige Ministerium werden ermächtigt, die für die jeweiligen Haushaltsjahre ermittelten Ansätze zur Festlegung des fiktiven Bedarfs nach den §§ 8, 11 und 14 und zur Festlegung der normierten Ertragskraft nach den §§ 9, 12 und 15, die der Berechnung der Schlüsselzuweisungen zugrunde zu legen sind, ausnahmsweise für einzelne Gemeinden und Gemeindeverbände abweichend festzusetzen, wenn sie den Grundsätzen des Finanz- und Lastenausgleichs nicht angemessen gerecht werden. Das für Kommunales und das für Finanzen zuständige Ministerium können eine auf Dauer angelegte Beteiligung von Gemeinden und Gemeindeverbänden an interkommunalen Gewerbegebieten berücksichtigen, wenn dies erforderlich ist, um eine den Grundsätzen eines verteilungsgerechten Finanzausgleichs entsprechende Anrechnung der Steuerkraft sicherzustellen.

(3) Die Schlüsselzuweisungen nach § 6, die Investitionszuschüsse, die Aufwands- und Unterhaltungspauschale sowie die Klima- und Forstpauschale nach § 16, die Schul- und Bildungspauschale nach § 17 sowie die Sportpauschale nach § 18 werden zu einem Achtel im Januar, jeweils zu einem Viertel im März, Juni und September am jeweils vorletzten Bankarbeitstag in Frankfurt am Main sowie zu einem Achtel im Dezember am vorletzten Bankarbeitstag in Frankfurt am Main vor dem 24. Dezember ausgezahlt. Orientiert an Aspekten der Liquiditätssicherung können das für Kommunales und das für Finanzen zuständige Ministerium Abweichungen von den in Satz 1 genannten Auszahlungsterminen festlegen.

(4) Das für Kommunales und das für Finanzen zuständige Ministerium leisten Abschlagszahlungen auf der Basis aktueller Proberechnungen von IT.NRW, wenn die Festsetzung der Schlüsselzuweisungen nach § 6, der Investitionszuschüsse, der Aufwands- und Unterhaltungspauschale sowie der Klima- und Forstpauschale nach § 16, der Schul- und Bildungspauschale nach § 17 sowie der Sportpauschale nach § 18 für das Jahr 2024 nicht vor dem nächstmöglichen Auszahlungstermin gemäß Absatz 3 erfolgt ist. In besonderen Fällen können das für Kommunales und das für Finanzen zuständige Ministerium die Höhe der Abschlagszahlung für einzelne Gemeinden gesondert festsetzen. Die Abschlagszahlun-

gen werden nach der endgültigen Festsetzung mit der ersten ordentlichen Zahlung nach der Festsetzung auf Grund dieses Gesetzes verrechnet.

(5) Die Auszahlungstermine der Mittel für Zuweisungen nach § 19 werden von dem für Kommunales und dem für Finanzen zuständigen Ministerium festgesetzt.

(6) Leistungen nach diesem Gesetz an die Gemeinden und Kreise werden durch Bescheide der Bezirksregierungen festgesetzt. Leistungen nach diesem Gesetz an die Landschaftsverbände werden durch Bescheide von dem für Kommunales und dem für Finanzen zuständigen Ministerium festgesetzt. Das für Kommunales und das für Finanzen zuständige Ministerium können bestimmen, dass die Bescheide an die Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände unmittelbar durch IT.NRW als elektronische Verwaltungsakte gemäß § 3a Absatz 2 Satz 4 Nummer 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes NRW in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. November 1999 (GV. NRW. S. 602), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 25. April 2023 (GV. NRW. S. 230) geändert worden ist, zuzuleiten sind. Als sicherer Übermittlungsweg für die elektronische Kommunikation wird das besondere elektronische Behördenpostfach verwendet.

(7) Nach näherer Bestimmung des für Kommunales und des für Finanzen zuständigen Ministeriums können im Haushaltsjahr 2025 für Schlüsselzuweisungen nach § 6, für Investitionszuschüsse, für die Aufwands- und Unterhaltungspauschale sowie für die Klima- und Forstpauschale nach § 16, für die Schul- und Bildungspauschale nach § 17 sowie für die Sportpauschale nach § 18 Abschlagszahlungen auf der Basis aktueller Proberechnungen von IT.NRW zu den Terminen des Absatzes 3 geleistet werden, wenn dies bereits vor Verkündung des für das Jahr 2025 geltenden Gemeindefinanzierungsgesetzes erforderlich ist. Die Abschlagszahlungen sind mit der ersten ordentlichen Zahlung nach Verkündung des neuen Gemeindefinanzierungsgesetzes und der Festsetzung der Zuweisungen aus dem Steuerverbund zu verrechnen.

§ 29

Ausgleich fehlerhafter Zuweisungen aus dem Steuerverbund

(1) Unrichtigkeiten, die nicht auf Daten aus amtlichen Statistiken zurückzuführen sind, werden bis längstens drei Jahre nach Festsetzung der Schlüsselzuweisungen nach § 6, der Klima- und Forstpauschale nach § 16, der Schul- und Bildungspauschale nach § 17 sowie der Sonderbedarfzuweisungen nach § 19 Absatz 2 Nummer 1 und 2 berichtigt, wenn die Summe der zu berichtigenden Zuweisungen oder das zu berichtigende Steuer-Ist-Aufkommen gemäß § 9 Absatz 2 Nummer 1 bis 3 einer Gemeinde eines Jahres den Betrag von 15000 Euro übersteigt.

(2) Die für Berichtigungen erforderlichen Beträge werden vorab mit den zur Verfügung gestellten Schlüsselzuweisungen nach § 6, der Klima- und Forstpauschale nach § 16, den Mitteln der Schul- und Bildungspauschale nach § 17 sowie den Mitteln der Sonderbedarfzuweisungen nach § 19 Absatz 2 Nummer 1 und 2 verrechnet.

(3) Berichtigungen nach Absatz 1 können mit allen Leistungen aus dem Steuerverbund verrechnet werden.

§ 30

Bewirtschaftung der Mittel des Steuerverbundes

(1) Die Bewirtschaftung der Mittel aus dem Steuerverbund nach den §§ 4 bis 19 regeln das für Kommunales und das für Finanzen zuständige Ministerium.

(2) Die Bewirtschaftung der im Steuerverbund verbliebenen Reste bei den Zuweisungen

1. nach den §§ 21 bis 27 des Gemeindefinanzierungsgesetzes vom 3. Februar 2004 (GV. NRW. S. 42), das zuletzt durch Artikel II des Gesetzes vom 15. Dezember 2005 (GV. NRW. S. 936) geändert worden ist, im Folgenden Gemeindefinanzierungsgesetz für die Haushaltsjahre 2004/2005, regeln die jeweils fachlich zuständigen Ministerien und

2. nach § 28 des Gemeindefinanzierungsgesetzes für die Haushaltsjahre 2004/2005 regelt das fachlich zuständige Ministerium im Einvernehmen mit dem für Kommunales und dem für Finanzen zuständigen Ministerium

§ 31

Abschlagszahlungen für Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs und in Zusammenhang mit dem Steuervereinfachungsgesetz 2011

(1) Das für Kommunales und das für Finanzen zuständige Ministerium leisten Abschlagszahlungen auf der Basis aktueller Proberechnungen von IT.NRW, wenn die Festsetzung der Kompensationsleistungen an die Gemeinden für Verluste

1. durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs nach § 20 und
2. in Zusammenhang mit dem Steuervereinfachungsgesetz 2011 nach § 21

für das Jahr 2024 nicht vor dem nächstmöglichen Auszahlungstermin nach § 3 der jeweils geltenden Verordnung über die Aufteilung und Auszahlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und die Abführung der Gewerbesteuerumlage für die entsprechenden Haushaltsjahre erfolgt ist.

(2) Die Abschlagszahlungen werden nach der endgültigen Festsetzung mit der ersten ordentlichen Zahlung nach der Festsetzung auf Grund dieses Gesetzes verrechnet.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für das Haushaltsjahr 2025, wenn dies bereits vor Verkündung des für das Jahr 2025 geltenden Gemeindefinanzierungsgesetzes erforderlich ist.

§ 32

Förderungsgrundsätze für zweckgebundene Zuweisungen nach Maßgabe des Haushaltsplans des Landes

(1) Bei allen zweckgebundenen Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände stellen die zuständigen Ministerien sicher, dass bei der Bewilligung der Zuweisungen auch die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gebietskörperschaften und ihre Beteiligung am Finanzausgleich berücksichtigt werden.

(2) Förderprogramme bedürfen der Zustimmung des für Kommunales zuständigen Ministeriums, soweit sie Zuweisungen zu Maßnahmen von Gemeinden und Gemeindeverbänden enthalten, die ihrer gesetzlichen Verpflichtung zum Haushaltsausgleich nicht nachkommen. Die Förderung von Einzelmaßnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände bedarf in diesen Fällen der kommunalaufsichtlichen Zustimmung durch die Bezirksregierung, soweit diese Maßnahmen nicht bereits von einer Genehmigung zur Verringerung der allgemeinen Rücklage erfasst oder in einem genehmigten Haushaltssicherungskonzept enthalten sind.

§ 33

Kürzungsermächtigung

Das für Kommunales und das für Finanzen zuständige Ministerium werden ermächtigt, Zuweisungen aus dem Steuerverbund um den Betrag solcher fälligen Forderungen zu kürzen, auf die das Land nach den zurzeit geltenden Bestimmungen einen Anspruch hat.

Teil 6

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

§ 34

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2024 in Kraft und mit dem Inkrafttreten eines neuen Gemeindefinanzierungsgesetzes außer Kraft.

Düsseldorf, den 19. Dezember 2023

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident

Hendrik W ü s t

Die Ministerin für Wirtschaft, Industrie,
Klimaschutz und Energie

Mona N e u b a u r

Der Minister der Finanzen

Dr. Marcus O p t e n d r e n k

Die Ministerin für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration

Josefine P a u l

Die Ministerin für Schule und Bildung

Dorothee F e l l e r

Die Ministerin für Heimat, Kommunales,
Bau und Digitalisierung

Ina S c h a r r e n b a c h

Die Ministerin für Landwirtschaft
und Verbraucherschutz

Silke G o r i b e n

Anlage 1 (zu § 2 Absatz 3 GFG 2024)

Ableitung der Finanzausgleichsmasse 2024							
	Zeile	Steuerverbund 2023*)	Steuerverbund 2024**)	Veränderung zu 2023*)			
				Euro	Euro	absolut	%
						5	6
1	2	3	4	5	6		
Obligatorischer Steuerverbund							
Gemeinschaftsteuern							
* Lohnsteuer	1	19 323 092 813	20 777 127 475	1 454 034 662	7,52		
* veranlagte Einkommensteuer	2	6 660 474 776	6 280 144 983	- 380 329 793	-5,71		
* Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	3	3 273 984 952	2 849 989 777	- 423 995 175	-12,95		
* Körperschaftsteuer	4	4 204 436 923	4 117 391 110	- 87 045 813	-2,07		
* Umsatzsteuer	5	23 193 389 326	23 921 544 412	728 155 086	3,14		
* Einfuhrumsatzsteuer	6	7 908 198 034	8 214 153 439	305 955 405	3,87		
* Abgeltungssteuer	7	812 793 520	600 163 202	- 212 630 318	-26,16		
Fakultativer Steuerverbund							
* Grunderwerbssteuer (4/7 Anteil)	8	2 363 567 177	1 671 007 361	- 692 559 816	-29,30		
Summe Verbundsteuern	9	67 739 937 521	68 431 521 758	691 584 237	1,02		
Bereinigung Verbundsteuern (§ 2 Abs. 2 GFG)							
* Länderfinanzausgleich	10	294 900 000	537 100 000	242 200 000			
* Familienleistungsausgleich	11	- 877 231 000	- 1 048 013 400	- 170 782 400			
* Entlastungsausgleich Ost/ (Hartz IV)	12	57 809 500	27 699 000	- 30 110 500			
* Spielbankabgabe	13	- 12 942 500	- 12 928 500	14 000			
* Kompensation Betriebskosten KiFöG	14	- 182 272 100	- 182 076 400	195 700			
* Kompensation Steuervereinfachungsgesetz 2011	15	- 17 890 000	- 17 880 000	10 000			
* Umsatzsteuerkorrektur der Bundesmittel für Asylbewerber	16	- 102 500 000	- 192 223 500	- 89 723 500			
* 1 Mrd. Euro Entlastung Kommunen Länderanteil Ust	17	- 215 775 000	- 215 475 000	300 000			
* Ust statt Entflechtungsmittel	18	- 560 837 300	- 560 235 000	602 300			
* Weiterentwicklung Qualität Kita	19	- 429 950 000	- 269 800 400	160 149 600			
* Pauschale an Länder für Flüchtlingszwecke	20	- 26 975 000	0	26 975 000			
* Pakt für den Rechtsstaat	21	0	- 23 727 000	- 23 727 000			
* Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst	22	- 10 800 000	- 75 500 000	- 64 700 000			
* Aktionsprogramm "Aufholen nach Corona"	23	- 194 777 100	- 46 375 500	148 401 600			
* Entlastung für die Flüchtlinge aus der Ukraine	24	- 246 171 400	- 184 628 600	61 542 800			
* Leistung von zusätzlichen Flüchtlingsausgaben	25		- 323 100 000	- 323 100 000			
Verbundgrundlagen insgesamt	26	65 214 525 621	65 844 357 458	629 831 837	0,97		
Verbundsatz (v.H.)	27	23,00	23,00				
originäre Finanzausgleichsmasse (aufgerundet)	28	14 999 340 900	15 144 202 300	144 861 400	0,97		
Rückführung der Corona-Kreditierung	29		- 29 836 000				
Vorwegabzug, Voraberhöhung (§ 3 GFG)							
* Tantiemen	30	- 11 716 000	- 9 071 000	2 645 000			
* Bundesentlastung Länderanteil Ust für Kommunen ab 2018	31	215 400 000	215 000 000	- 400 000			
verteilbare Finanzausgleichsmasse	32	15 203 024 900	15 320 295 300	117 270 400	0,77		

*) Ist 10/21-09/22

**) Ist 10/22 - 09/23

Anlage 2 (zu § 8 Absatz 3 GFG 2024)**Hauptansatzstaffel**

Nr.	gebildete Hauptansatzstaffel (in Prozent)	Staffelklassen Bevölkerung im GFG 2024
1	100,0	21 000
2	103,0	51 000
3	106,0	80 500
4	109,0	110 500
5	112,0	140 500
6	115,0	170 000
7	118,0	200 000
8	121,0	230 000
9	124,0	259 500
10	127,0	289 500
11	130,0	319 000
12	133,0	349 000
13	136,0	379 000
14	139,0	408 500
15	142,0	438 500
16	145,0	468 500
17	148,0	498 000
18	151,0	528 000
19	154,0	558 000
20	157,0	587 500
21	160,0	617 500
22	163,0	647 500

Für Gemeinden mit einer Bevölkerungszahl von mehr als 647 500 beträgt der Ansatz 166,0 Prozent.

Anlage 3 (zu § 27 Absatz 3 Satz 1 GFG 2024)**Bevölkerungszahlen in den Gemeinden des Landes Nordrhein-Westfalen**

Gebietskörperschaft	Bevölkerungszahl zum		
	31. Dezember 2022	31. Dezember 2021	31. Dezember 2020
Aachen, krfr. Stadt	252 136	249 070	248 878
Ahaus, Stadt	40 245	39 658	39 404
Ahlen, Stadt	53 348	52 627	52 635
Aldenhoven	14 081	13 893	13 787
Alfter	23 904	23 521	23 467
Alpen	12 649	12 528	12 502
Alsdorf, Stadt (ab 21.10.2009)	48 328	47 678	47 330
Altena, Stadt	16 430	16 389	16 527
Altenbeken	9 212	9 097	9 105
Altenberge	10 415	10 371	10 406
Anröchte	10 359	10 203	10 225
Arnsberg, Stadt	74 323	73 423	73 487
Ascheberg	15 822	15 602	15 580
Attendorn, Stadt	24 448	24 207	24 330
Augustdorf	10 365	10 317	10 147
Bad Berleburg, Stadt	18 923	18 709	18 847
Bad Driburg, Stadt	19 390	18 985	18 902
Bad Honnef, Stadt	26 061	25 738	25 759
Bad Laasphe, Stadt	13 467	13 337	13 412
Bad Lippspringe, Stadt	16 808	16 424	16 408
Bad Münstereifel, Stadt	17 282	17 152	17 387
Bad Oeynhausen, Stadt	49 477	48 803	48 535
Bad Salzuflen, Stadt	54 808	54 074	54 166
Bad Sassendorf	12 451	12 294	12 052
Bad Wünnenberg, Stadt	12 341	12 202	12 206
Baesweiler, Stadt (ab 21.10.2009)	27 620	27 351	27 319
Balve, Stadt	11 143	11 092	11 217
Barntrup, Stadt	8 611	8 502	8 501
Beckum, Stadt	37 333	36 737	36 637
Bedburg, Stadt	24 302	23 867	23 743
Bedburg-Hau	13 341	13 033	12 973
Beelen	6 247	6 159	6 115
Bergheim, Stadt	62 376	61 807	61 749
Bergisch Gladbach, Stadt	112 712	111 645	111 636
Bergkamen, Stadt	49 263	48 669	48 919

Bergneustadt, Stadt	18 633	18 416	18 502
Bestwig	10 695	10 556	10 525
Beverungen, Stadt	13 238	13 083	13 064
Bielefeld, krfr. Stadt	338 332	334 002	333 509
Billerbeck, Stadt	11 681	11 525	11 538
Blankenheim	8 433	8 337	8 268
Blomberg, Stadt	15 407	15 095	15 093
Bocholt, Stadt	71 930	71 074	71 061
Bochum, krfr. Stadt	365 742	363 441	364 454
Bönen	18 438	18 169	18 126
Bonn, krfr. Stadt	336 465	331 885	330 579
Borchen	13 685	13 533	13 475
Borgentreich, Stadt	8 761	8 638	8 501
Borgholzhausen, Stadt	9 253	9 001	8 964
Borken, Stadt	43 489	42 974	42 650
Bornheim, Stadt	49 025	48 435	48 348
Bottrop, krfr. Stadt	118 113	117 311	117 388
Brakel, Stadt	16 372	16 195	16 125
Breckerfeld, Stadt	9 041	8 915	8 912
Brilon, Stadt	25 511	25 303	25 336
Brüggen	16 082	15 907	15 934
Brühl, Stadt	44 804	43 998	43 673
Bünde, Stadt	46 030	45 364	45 376
Burbach	15 315	14 924	14 913
Büren, Stadt	21 483	21 328	21 452
Burscheid, Stadt	18 968	18 681	18 527
Castrop-Rauxel, Stadt	73 795	73 078	73 126
Coesfeld, Stadt	37 030	36 382	36 182
Dahlem	4 400	4 361	4 301
Datteln, Stadt	35 191	34 876	34 714
Delbrück, Stadt	32 774	32 266	32 039
Detmold, Stadt	75 089	73 969	74 097
Dinslaken, Stadt	67 762	67 114	67 338
Dörentrup	7 660	7 630	7 662
Dormagen, Stadt	65 147	64 553	64 500
Dorsten, Stadt	76 720	74 551	74 515
Dortmund, krfr. Stadt	593 317	586 852	587 696
Drensteinfurt, Stadt	15 874	15 607	15 540
Drolshagen, Stadt	11 763	11 618	11 640
Duisburg, krfr. Stadt	502 211	495 152	495 885
Dülmen, Stadt	47 468	46 877	46 706
Düren, Stadt	93 207	91 814	91 272
Düsseldorf, krfr. Stadt	629 047	619 477	620 523
Eitorf	19 132	18 751	18 728
Elsdorf, Stadt	22 021	21 745	21 745
Emmerich am Rhein, Stadt	31 544	30 854	30 869

Emsdetten, Stadt	36 354	35 927	36 068
Engelskirchen	19 584	19 293	19 297
Enger, Stadt	20 705	20 483	20 469
Ennepetal, Stadt	30 652	30 306	30 117
Ennigerloh, Stadt	19 757	19 639	19 554
Ense	12 326	12 197	12 256
Erfstadt, Stadt	49 882	49 667	50 060
Erkelenz, Stadt	44 215	43 492	43 275
Erkrath, Stadt	43 856	43 594	43 878
Erndtebrück	6 970	6 937	6 953
Erwitte, Stadt	16 333	16 043	16 117
Eschweiler, Stadt (ab 21.10.2009)	56 049	55 784	56 172
Eslohe (Sauerland)	8 920	8 841	8 787
Espelkamp, Stadt	25 174	24 754	24 676
Essen, krfr. Stadt	584 580	579 432	582 415
Euskirchen, Stadt	59 772	58 754	58 466
Everswinkel	9 733	9 634	9 613
Extertal	11 004	10 926	11 042
Finnentrop	16 851	16 780	16 854
Frechen, Stadt	52 811	52 155	51 947
Freudenberg, Stadt	17 773	17 677	17 729
Fröndenberg / Ruhr, Stadt	20 548	20 436	20 566
Gangelt	13 240	12 946	12 733
Geilenkirchen, Stadt	28 252	27 836	27 518
Geldern, Stadt	34 298	33 733	33 760
Gelsenkirchen, krfr. Stadt	263 000	260 126	259 105
Gescher, Stadt	17 361	17 186	17 246
Geseke, Stadt	21 685	21 411	21 422
Gevelsberg, Stadt	31 097	30 669	30 733
Gladbeck, Stadt	75 889	75 343	75 518
Goch, Stadt	35 270	34 593	34 531
Grefrath	14 880	14 734	14 759
Greven, Stadt	38 207	37 700	37 709
Grevenbroich, Stadt	64 596	63 922	63 941
Gronau (Westf.), Stadt	49 824	49 031	48 576
Gummersbach, Stadt	52 001	51 126	50 978
Gütersloh, Stadt	102 393	101 158	100 664
Haan, Stadt	30 542	30 298	30 263
Hagen, krfr. Stadt	189 783	188 713	188 687
Halle (Westf.), Stadt	21 970	21 574	21 448
Hallenberg, Stadt	4 537	4 481	4 490
Haltern am See, Stadt	38 117	37 808	37 845
Halver, Stadt	16 347	16 120	16 108
Hamm, krfr. Stadt	180 849	179 238	178 967
Hamminkeln, Stadt	27 248	26 900	26 962
Harsewinkel, Stadt	25 999	25 575	25 338

Hattingen, Stadt	54 637	54 061	54 278
Havixbeck	12 141	11 940	11 961
Heek	8 830	8 628	8 651
Heiden	8 317	8 194	8 204
Heiligenhaus, Stadt	26 681	26 367	26 301
Heimbach, Stadt	4 365	4 262	4 312
Heinsberg, Stadt	43 476	42 888	42 476
Hellenthal	7 925	7 827	7 797
Hemer, Stadt	34 024	33 708	33 863
Hennef (Sieg), Stadt	48 002	47 400	47 544
Herdecke, Stadt	22 758	22 689	22 653
Herford, Stadt	67 459	66 551	66 495
Herne, krfr. Stadt	157 368	156 621	156 940
Herscheid	6 954	6 933	6 988
Herten, Stadt	62 473	61 910	61 860
Herzebrock-Clarholz	16 379	16 184	16 095
Herzogenrath, Stadt (ab 21.10.2009)	46 941	46 290	46 225
Hiddenhausen	19 924	19 790	19 724
Hilchenbach, Stadt	14 775	14 583	14 646
Hilden, Stadt	55 815	55 182	55 274
Hille	15 728	15 374	15 378
Holzwickede	17 298	17 035	16 964
Hopsten	7 789	7 704	7 643
Horn-Bad Meinberg, Stadt	17 290	17 142	17 245
Hörstel, Stadt	20 766	20 506	20 335
Horstmar, Stadt	7 382	6 849	6 595
Hövelhof	16 522	16 274	16 222
Höxter, Stadt	28 709	28 467	28 509
Hückelhoven, Stadt	41 301	40 712	40 425
Hückeswagen, Stadt	14 825	14 706	14 810
Hüllhorst	13 281	13 047	13 051
Hünxe	13 787	13 611	13 596
Hürtgenwald	8 929	8 798	8 675
Hürth, Stadt	60 969	60 034	59 525
Ibbenbüren, Stadt	52 421	51 888	51 526
Inden	7 507	7 418	7 480
Iserlohn, Stadt	92 540	91 873	91 815
Isselburg, Stadt	11 208	10 928	10 758
Issum	12 364	12 201	12 113
Jüchen, Stadt	23 940	23 611	23 516
Jülich, Stadt	33 158	32 635	32 336
Kaarst, Stadt	44 253	43 661	43 615
Kalkar, Stadt	14 191	13 953	13 944
Kall	11 112	10 987	11 096
Kalletal	13 401	13 223	13 385

Kamen, Stadt	43 058	42 544	42 875
Kamp-Lintfort, Stadt	38 665	37 847	37 635
Kempen, Stadt	34 841	34 562	34 537
Kerken	12 750	12 564	12 638
Kerpen, Stadt	67 239	66 294	65 802
Kevelaer, Stadt	28 232	27 891	27 955
Kierspe, Stadt	16 422	16 043	16 089
Kirchhundem	11 445	11 220	11 353
Kirchlengern	16 366	16 111	16 081
Kleve, Stadt	53 388	52 470	52 359
Köln, krfr. Stadt	1 084 831	1 073 096	1 083 498
Königswinter, Stadt	41 495	41 065	41 122
Korschenbroich, Stadt	34 187	33 786	33 484
Kranenburg	11 181	11 087	10 981
Krefeld, krfr. Stadt	228 426	227 050	226 844
Kreuzau	17 687	17 463	17 422
Kreuztal, Stadt	31 197	30 787	30 965
Kürten	20 128	19 832	19 716
Ladbergen	7 007	6 821	6 775
Laer	6 805	6 668	6 700
Lage, Stadt	35 423	34 686	34 885
Langenberg	8 747	8 695	8 597
Langenfeld (Rhld.), Stadt	59 783	59 223	59 112
Langerwehe	14 257	14 050	14 071
Legden	7 564	7 409	7 342
Leichlingen (Rhld.), Stadt	28 048	27 868	27 885
Lemgo, Stadt	40 594	40 345	40 456
Lengerich, Stadt	22 980	22 527	22 511
Lennestadt, Stadt	25 352	25 176	25 140
Leopoldshöhe	16 614	16 413	16 382
Leverkusen, krfr. Stadt	165 748	163 851	163 905
Lichtenau, Stadt	10 867	10 685	10 551
Lienen	8 783	8 715	8 622
Lindlar	21 665	21 366	21 430
Linnich, Stadt	13 015	12 835	12 697
Lippetal	11 966	11 837	11 949
Lippstadt, Stadt	68 890	68 007	67 793
Lohmar, Stadt	30 846	30 452	30 316
Löhne, Stadt	40 265	39 977	39 871
Lotte	14 314	14 109	14 139
Lübbecke, Stadt	26 027	25 674	25 573
Lüdenscheid, Stadt	71 865	71 230	71 911
Lüdinghausen, Stadt	25 259	24 847	24 810
Lügde, Stadt	9 364	9 244	9 235
Lünen, Stadt	86 868	85 721	85 838
Marienheide	13 710	13 465	13 443

Marienmünster, Stadt	4 970	4 900	4 903
Marl, Stadt	84 331	83 697	84 312
Marsberg, Stadt	19 736	19 377	19 488
Mechernich, Stadt	28 567	28 327	27 986
Meckenheim, Stadt	24 877	24 693	24 741
Medebach, Stadt	8 101	7 974	7 987
Meerbusch, Stadt	57 422	56 855	56 479
Meinerzhagen, Stadt	20 812	20 535	20 529
Menden (Sauerland), Stadt	52 485	52 096	52 452
Merzenich	10 302	10 149	9 968
Meschede, Stadt	30 025	29 608	29 696
Metelen	6 552	6 417	6 363
Mettingen	12 000	11 882	11 878
Mettmann, Stadt	39 134	38 808	38 749
Minden, Stadt	83 076	81 857	81 592
Moers, Stadt	105 287	103 725	103 487
Möhnesee	11 869	11 852	11 698
Mönchengladbach, krfr. Stadt	268 465	261 001	259 665
Monheim am Rhein, Stadt	43 050	41 913	41 279
Monschau, Stadt (ab 21.10.2009)	11 864	11 645	11 686
Morsbach	10 293	10 093	10 032
Much	14 758	14 577	14 491
Mülheim an der Ruhr, krfr. Stadt	172 404	170 739	170 921
Münster, krfr. Stadt	320 946	317 713	316 403
Nachrodt-Wiblingwerde	6 466	6 441	6 466
Netphen, Stadt	23 363	23 116	23 033
Nettersheim	7 991	7 801	7 705
Nettetal, Stadt	43 095	42 508	42 438
Neuenkirchen	14 072	13 865	13 892
Neuenrade, Stadt	11 793	11 663	11 772
Neukirchen-Vluyn, Stadt	27 956	27 613	27 532
Neunkirchen	13 000	12 994	13 075
Neunkirchen-Seelscheid	20 109	19 852	19 698
Neuss, Stadt	154 139	152 731	153 109
Nideggen, Stadt	10 419	10 204	10 155
Niederkassel, Stadt	39 281	38 694	38 512
Niederkrüchten	15 170	15 075	14 948
Niederzier	14 345	14 180	14 154
Nieheim, Stadt	6 157	6 068	6 026
Nordkirchen	10 402	10 166	10 117
Nordwalde	9 807	9 711	9 683
Nörvenich	11 064	10 816	10 667
Nottuln	19 901	19 672	19 636
Nümbrecht	17 486	17 165	17 068
Oberhausen, krfr. Stadt	210 824	208 752	209 566
Ochtrup, Stadt	20 230	19 893	19 673

Odenthal	15 324	15 063	15 031
Oelde, Stadt	29 644	29 210	29 133
Oer-Erkenschwick, Stadt	31 838	31 395	31 532
Oerlinghausen, Stadt	17 238	17 001	17 065
Olfen, Stadt	13 253	13 040	13 014
Olpe, Stadt	25 015	24 677	24 593
Olsberg, Stadt	14 509	14 410	14 432
Ostbevern	11 500	11 229	11 116
Overath, Stadt	27 405	27 148	27 124
Paderborn, Stadt	154 755	152 531	151 864
Petershagen, Stadt	25 222	25 027	25 045
Plettenberg, Stadt	24 954	24 716	24 978
Porta Westfalica, Stadt	36 374	35 658	35 734
Preußisch Oldendorf, Stadt	12 531	12 375	12 236
Pulheim, Stadt	55 530	54 805	54 636
Radevormwald, Stadt	22 222	21 952	21 963
Raesfeld	11 832	11 574	11 515
Rahden, Stadt	15 773	15 505	15 404
Ratingen, Stadt	87 388	86 424	86 899
Recke	11 370	11 227	11 394
Recklinghausen, Stadt	111 734	110 714	110 705
Rees, Stadt	21 475	21 045	21 030
Reichshof	18 610	18 454	18 503
Reken	15 336	15 092	14 965
Remscheid, krfr. Stadt	112 613	111 770	111 516
Rheda-Wiedenbrück, Stadt	49 486	48 714	48 672
Rhede, Stadt	19 595	19 336	19 319
Rheinbach, Stadt	27 102	26 831	26 949
Rheinberg, Stadt	31 150	30 863	30 933
Rheine, Stadt	77 893	76 948	76 123
Rheurdt	6 566	6 566	6 545
Rietberg, Stadt	29 919	29 564	29 432
Rödinghausen	9 891	9 712	9 728
Roetgen (ab 21.10.2009)	8 727	8 658	8 650
Rommerskirchen	13 580	13 377	13 357
Rosendahl	10 840	10 806	10 810
Rösrath, Stadt	28 889	28 712	28 759
Ruppichterath	10 637	10 496	10 484
Rüthen, Stadt	10 957	10 753	10 565
Saerbeck	7 128	7 064	7 088
Salzkotten, Stadt	25 311	25 040	25 013
Sankt Augustin, Stadt	56 369	55 563	55 590
Sassenberg, Stadt	14 455	14 258	14 215
Schalksmühle	10 284	10 227	10 287
Schermbeck	13 479	13 464	13 541
Schieder-Schwalenberg, Stadt	8 363	8 308	8 355

Schlangen	9 357	9 276	9 254
Schleiden, Stadt	12 977	12 956	13 191
Schloß Holte-Stukenbrock, Stadt	27 467	27 120	26 943
Schmallenberg, Stadt	24 878	24 704	24 806
Schöppingen	6 651	6 623	6 759
Schwalmtal	19 143	19 062	19 012
Schwelm, Stadt	28 723	28 501	28 590
Schwerte, Stadt	46 658	46 240	46 124
Selfkant	10 557	10 290	10 253
Selm, Stadt	26 163	25 983	25 802
Senden	20 895	20 495	20 358
Sendenhorst, Stadt	13 671	13 279	13 289
Siegburg, Stadt	42 049	41 660	41 669
Siegen, Stadt	102 560	101 516	101 943
Simmerath (ab 21.10.2009)	15 841	15 614	15 498
Soest, Stadt	48 607	47 929	47 206
Solingen, krfr. Stadt	160 643	158 957	159 193
Sonsbeck	8 747	8 689	8 690
Spenge, Stadt	14 416	14 313	14 419
Sprockhövel, Stadt	24 838	24 659	24 702
Stadtlohn, Stadt	20 807	20 458	20 290
Steinfurt, Stadt	35 102	34 645	34 431
Steinhagen	20 671	20 405	20 495
Steinheim, Stadt	12 612	12 572	12 617
Stemwede	13 311	13 140	13 046
Stolberg (Rhld.), Stadt (ab 21.10.2009)	56 455	56 103	56 377
Straelen, Stadt	16 365	16 232	16 248
Südlohn	9 616	9 461	9 370
Sundern (Sauerland), Stadt	27 741	27 511	27 554
Swisttal	18 653	18 527	18 763
Tecklenburg, Stadt	9 288	9 229	9 138
Telgte, Stadt	20 222	19 982	19 841
Titz	8 686	8 569	8 617
Tönisvorst, Stadt	29 319	29 257	29 249
Troisdorf, Stadt	76 251	75 222	74 994
Übach-Palenberg, Stadt	24 215	23 979	23 906
Uedem	8 513	8 362	8 305
Unna, Stadt	60 892	58 911	58 816
Velbert, Stadt	82 445	81 593	81 564
Velen, Stadt	13 304	13 198	13 112
Verl, Stadt	25 522	25 177	25 382
Versmold, Stadt	22 274	21 829	21 697
Vettweiß	9 811	9 685	9 527
Viersen, Stadt	78 208	77 523	77 376
Vlotho, Stadt	18 495	18 334	18 384

Voerde (Niederrhein), Stadt	36 196	35 889	36 047
Vreden, Stadt	23 161	22 758	22 676
Wachtberg	20 581	20 391	20 331
Wachtendonk	8 225	8 192	8 107
Wadersloh	12 863	12 669	12 556
Waldröhl, Stadt	19 949	19 618	19 599
Waldfeucht	9 164	8 998	8 912
Waltrop, Stadt	29 644	29 429	29 472
Warburg, Stadt	23 322	22 953	22 928
Warendorf, Stadt	37 616	37 146	37 173
Warstein, Stadt	24 647	24 325	24 520
Wassenberg, Stadt	19 339	18 952	18 830
Weeze	11 587	11 900	11 228
Wegberg, Stadt	28 074	28 213	28 130
Weilerswist	17 763	17 602	17 722
Welper	11 966	11 752	11 829
Wenden	19 565	19 442	19 452
Werdohl, Stadt	17 827	17 727	17 660
Werl, Stadt	31 045	30 736	30 702
Wermelskirchen, Stadt	34 739	34 480	34 597
Werne, Stadt	29 680	29 355	29 588
Werther (Westf.), Stadt	11 229	11 108	11 091
Wesel, Stadt	61 330	60 688	60 329
Wesseling, Stadt	38 192	37 519	36 731
Westerkappeln	11 485	11 249	11 234
Wetter (Ruhr), Stadt	27 550	27 236	27 269
Wettringen	8 314	8 261	8 271
Wickede (Ruhr)	12 967	12 959	12 682
Wiehl, Stadt	25 314	25 088	25 199
Willebadessen, Stadt	8 288	8 133	8 154
Willich, Stadt	50 144	50 133	50 283
Wilnsdorf	19 793	19 762	19 975
Windeck	19 203	18 864	18 869
Winterberg, Stadt	12 671	12 427	12 442
Wipperfürth, Stadt	21 112	20 879	20 875
Witten, Stadt	95 897	95 107	95 876
Wülfrath, Stadt	21 100	21 009	21 003
Wuppertal, krfr. Stadt	358 876	354 572	355 004
Würselen, Stadt (ab 21.10.2009)	38 598	38 480	38 496
Xanten, Stadt	21 582	21 502	21 521
Zülpich, Stadt	21 025	20 597	20 440